

Fraktion der

Freien Bürgerliste Mittelmosel – Hunsrück

im Verbandsgemeinderat Bernkastel-Kues

Mail an: **FBL-VG-BKS@gmx.de**



Fraktionsmitglieder:

Hans-Peter Ehse	Tel.: (0 65 32- 3000)
Dirk Kessler	Tel.: (0 65 34 – 93140)
Oliver Maximini	Tel.: (0 65 07 - 70 16 34)
Joachim Reichert	Tel.: (0 65 31 - 35 73)
Michael Thomas	Tel.: (0 65 07 – 70 39 41)

Stellungnahme der FBL Fraktion zu Tagesordnungspunkt

TOP:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hangert,
sehr geehrter Herr Beigeordneter Wächter,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

eine Haushaltsrede zu halten, bei einem recht ordentlichen Haushalt ist vielleicht schwerer als bei einem Haushalt, bei dem man viele Kritikpunkte und Ansätze zur Verbesserung findet.

Daher möchten wir grundsätzlich den Haushalt auch loben. Es ist allerdings auch eine Tatsache, dass der Haushalt 2020, ein Haushalt vor dem Hintergrund noch sprudelnder Einnahmen ist. Das heißt im Klartext, dass die Haushalte der Gemeinden und der Stadt ein großes Volumen haben, von dem der Haushalt der Verbandsgemeinde natürlich gleichsam profitiert. Wir möchten die Situation anhand von Beispielen mal etwas anders betrachten:

Es ist so, dass insbesondere im Bereich der Schulen gegenüber den Vorjahren durch die Verlagerung auf den Kreis Entlastung entstanden ist. Auch muss der Kreis auch vor dem Hintergrund der erhöhten Sozialausgaben insbesondere im Bereich der Jugendpflege, den Gemeinden tiefer in die Tasche greifen. Man darf gespannt sein, wie diese Entwicklung weitergehen wird. Es sind anscheinend doch nicht die „ach so bösen“ Migranten, die zur Erhöhung des Geldbedarfes führen, sondern die in Obhutnahme von Kindern und Jugendlichen, die leider immer mehr wird. Da müssen die Parteien mal genauer nach den Ursachen forschen und hinschauen. Ob das Gute-Ki-Tagesgesetz des Bundes und das neue KiTazukunftsgesetz da wirklich förderlich sind, darf grundsätzlich auch mal bezweifelt werden! Die Kinder sind unser höchstes Gut und wenn man Kinder in den jüngsten Monaten abschiebt, um möglichst viel Geld zu verdienen, so kann das, wenn es nicht absolut richtig und perfekt gemacht werden kann, zu hohen Folgekosten führen! Und ob das wirklich in Perfektion bei den Kleinkindern, mit den zur Verfügung stehenden Etats, und Personal erfolgen kann,

darf ebenfalls bezweifelt werden, zumal man bei der Ausbildung des Personals zurzeit bereit ist, erhebliche Einsparungen vorzunehmen, was sich dann ebenfalls rächen kann. Aufgepasst und bitte genau hinsehen, was uns da als gut und als gute Zukunft verkauft werden soll.

Wenn jetzt schon auf Bundesebene eine Lockerung der Schuldenbremse und die „Schwarze Null“ infrage gestellt werden, dann halten wir das für eine gefährliche Entwicklung. Die „Schwarze Null“ zu einem Zeitpunkt, wo die Steuereinnahmen noch sehr sprudeln einzureißen, ist unverantwortlich. Die Verwaltungsfachwirte haben vor Jahren in der Schule gelernt, dass der Staat in den Zeiten voller Kassen sich mit den Investitionen eher zurückhalten sollte und in Zeiten der Rezession sollten Ausgaben getätigt werden – antizyklische Fiskalpolitik nennt sich das und wird auch heute noch gelehrt. Fakt ist, dass diese Grundregel in der Praxis lange nicht mehr gilt und wir investieren losgelöst hiervon, wo wir es gerade mal für richtig halten.

Wenn dann die kommunalen Gesetze vorschreiben, dass Gemeinden, die einen defizitären Haushalt haben, und das haben die meisten, alle Einnahmemöglichkeiten und Fördermöglichkeiten ausschöpfen müssen (Zuschüsse I-Stock und GVFG-Mittel) was zu erheblichen Wartezeiten führt, dann laufen für Baumaßnahmen die Kosten schneller aus dem Ruder, als es den Gemeinden lieb sein kann. Ein Verzicht auf diese Zuschüsse verbunden mit einem 5 Jahre früheren Baubeginn, wäre oft billiger und aufgrund des Verwaltungswahnsinns, der sich hinter einer Förderung verbirgt, noch wesentlich effektiver! Das ist eine abstruse, unverständliche Situation! Wir brauchen da mehr Spielraum. Hier sollten unsere übergeordneten Parlamentarier mal ansetzen!

Ein großer Posten, der beim Kreis aufläuft und von uns allen über die Umlage bezahlt werden muss, sind die neuen ausgeschriebenen Bündel für den Busverkehr. Wir haben hier entlang der Mosel Schiene eine hervorragende Stunden-Taktung. Diese Situation ist sehr lobenswert, sie muss nun auch mit Leben erfüllt werden. Auch hier sollten wir von der Verbandsgemeinde mit zusätzlicher Öffentlichkeitsarbeit die Bürger animieren, dieses Angebot anzunehmen. Die Touristen haben dieses Angebot sehr schnell erkannt und angenommen. Von daher muss man sich eventuell auch fragen, ob nach ein oder 2 Jahren, man eventuell den Winterfahrplan etwas einkürzen kann, um den Personaldruck zu minimieren. Hoffen wir, dass die Bündel, die in Eifel und Hunsrück neu geschrieben werden, gut mit dem Moselbündel vernetzt werden können.

Blicken wir mal auf die Kosten für Heizung von öffentlichen Gebäuden: Man darf annehmen, dass das Verwaltungsgebäude auf dem neuesten Stand ist, was ist aber mit den anderen kommunalen Gebäuden? Ob das die Schulen sind oder die Gebäude der Werke, oder Mehrzweckhallen. Es ist ja beschlossen, dass ein Energiemanager eingestellt werden soll. Wir fragen uns immer noch, ob das wirklich sinnvoll ist,

jemanden einzustellen, der in den nächsten 2-5 Jahren richtig ranklotzt, der dann für erhebliche Einsparungen sorgen kann und danach sich um Einsparungen kümmert, die dann tatsächlich nur noch marginal sein werden. Wir plädieren weiterhin dafür, dass die Stelle befristet ausgeschrieben wird, oder besser noch, dass wir uns der Ingenieurbüros bedienen, die hervorragend ausgebildete Leute haben, die sich diesen Themen widmen können und auch aufgrund ihrer Größe und Strukturen „up to date“ bleiben. Einen fest eingestellten Energiemanager müssen wir dauerhaft „mitschleppen“, auch wenn sich später diese Situation in der Dramatik nicht mehr stellt. Da sollten wir wirklich mal wertneutral die Köpfe zusammenstecken. Die Verwaltung bräuchte in ihrem Kernbereich, in ihrem eigentlichen gesetzlich verankerten Aufgabengebiet mehr Fachpersonal.

- Bürgermeister werden bezüglich Bebauungsplanverfahren vertröstet,
- in Ortschaften herrscht beim Parken teilweise Anarchie – 100 Schilder helfen nichts, wenn der Verstoß nicht geahndet wird,
- über Digitalisierung der Verwaltung wird mehr geredet, als umgesetzt. So wird von Rubin seit 10 Jahren gesprochen. Es ist kein Fortschritt zu sehen, Cloudlösung für Orts- und Verbandsgemeinde, sind da wohl sinnvoller.

Auf der anderen Seite bekommen die Ortsgemeinden und die Stadt fast wöchentlich Hinweise, Ratschläge und Belehrungen wie die Gemeindearbeiter und das Personal der Gemeinde sich zu verhalten hat. Dies in bunt, in groß, in Kleinschrift, kursiv und allen anderen Möglichkeiten, die Word auf Papier hergibt. Unsere Frage ist, werden die Mitarbeiter hinsichtlich ihres Auftretens in der Öffentlichkeit, gegenüber den Bürgern und anderen Verwaltungsmenschen auch geschult?

Wir sind grundsätzlich Verfechter der Eigenständigkeit der Ortsgemeinden. Ein kleines bisschen Konkurrenzdenken, hält die Bürgermeister und Räte munter, aber wo es angebracht ist zusammenzuarbeiten, da sollten wir es tun. Man kann daher neidlos auf die Gemeinde Maring-Novian schauen, weil dort ein interkommunales Gewerbegebiet durchaus machbar zu sein scheint. Natürlich gibt es Bedenken, bei welchem Bauvorhaben nicht? Als stellvertretender Fraktionssprecher und Bürgermeister einer Windkraftgemeinde konnte ich hautnah miterleben, wie dezidiert und extrem gründlich, z.B. der Wasserhaushalt im Wald untersucht worden ist. Diese Fachleute verfügen über ein extremes Fachwissen, dem man Vertrauen schenken muss, weil diese Menschen das Wasser eben auch als hohes Gut ansehen. Der Naturschutz wird mit Sicherheit seine Berücksichtigung finden, wie bei den Windrädern auch. Daher unser Appell: Mit genauem Hinsehen auf die fachlichen Ausführungen, die nötige Gelassenheit entwickeln und von der Polemik wegkommen. Denn eines kann nun wirklich nicht sein, dass eine Friday-for-Future-Demo in Bernkastel benutzt wird, um Stimmung gegen das Gewerbegebiet zu machen. Denn eines ist sicher, wohnortnahe Arbeitsplätze haben einen hervorragenden CO2 -

Abdruck, die neuen Technologien brauchen zur Entwicklung Platz und viele Betriebe in unserem Umfeld haben schon massive Platzprobleme, eine Abwanderung wäre eine Katastrophe. Der Aderlass der Fa. Benninghoven ist nur sehr schwer zu verkraften. Allein daraus ergibt sich schon ein wichtiger Handlungsbedarf!

Das Klima hat sich verändert. Ich meine heute aber nicht das Wetter, sondern das Klima unseres Zusammenseins. Vor einigen Jahren hätte doch niemand geglaubt, dass so etwas kommen kann: Dass z.B. Juden wieder Angst vor Anschlägen haben müssen, dass Morddrohungen gegen Politiker kein Einzelfall mehr sind, dass der Ton, nicht nur in den unsozialen Netzwerken niveaulos und gewaltbereit ist. Wir hätten nicht geglaubt, dass das, was in Halle oder in Kassel passiert ist, möglich sein kann! Warum? Wozu? Weil jemand sich für Menschlichkeit einsetzt? Weil jemand, nur weil er vom Aussehen her wohl nicht nur deutsche Vorfahren hat, bekämpft wird? Muss das Christkindl in Nürnberg wirklich blond sein? Insbesondere wenn man überlegt wo die Weihnachtsgeschichte ursprünglich stattfand.

Das Klima hat sich verändert. Unser Zusammenleben ist anders, viele spüren das. Und darüber sollten wir genauso reden, wie über CO2- Emissionen und brennenden Regenwald, wie über Starkregenereignisse, Stürme und dergleichen mehr!

Dabei dürfte sich das Klima in unserer Gesellschaft nicht verschlechtern! Wir sind in Deutschland weitestgehend satt, wir haben es warm und ein Dach über dem Kopf. Wir haben die „Zehn Gebote“, wir haben das Grundgesetz, wir haben Demokratie! Wir haben also so viele Grundlagen, die eine solche vergiftete Atmosphäre verhindern wollen, können oder gar müssen. Aber eines ist dafür auch nötig: nämlich, dass sich ALLE daran halten! Und mehr noch: Dass wir nicht schweigen, sondern offen sagen, was gar nicht geht. Gegebenenfalls auch hier in unsere Verbandsgemeinde, ich persönlich muss es leider in Wintrich schon massiv tun...

Ob es Hassbotschaften oder verletzend Sprache sind, ob es Diskriminierung von Fremden ist, oder gar Gewalt gegen Einsatzkräfte, (so etwas muss man sich mal vorstellen!) Unsere Meinung ist: Null Toleranz muss hier die Devise lauten.

Wie kommen Politiker dazu pauschal Migranten zu diffamieren und verbreiten im Netz, dass diese, ich zitiere „TBC-, Schorf- und malariakranken Migranten sofort zurückgebracht werden müssen“. Wie erklären wir unseren Kindern, warum der Ton gerade so ist, wie er ist? Wie erklären wir, warum Erwachsene nicht das Gute suchen, sondern die Lage schwieriger machen? Es gibt Montagsdemonstrationen, es gibt Fridays-for-Future, vielleicht bräuchten wir noch die Mittwochsdemo für ein gutes Zusammenleben.

Treten wir bitte ein, gegen die Klimaveränderung in der Gesellschaft. Es gibt ja noch Menschen, die trotz niveaulosen Anfeindungen im Netz, trotz Morddrohungen, noch Politik machen, die als Einsatzkräfte Menschenleben retten, trotz Pöbeleien.

Herzlichen Dank! Das Gute suchen, dazu ruft nicht nur die Bibel auf. Versuchen wir es alle, jeden Tag wieder neu. Für eine Klimaverbesserung, ob beim Ton und der Sprache, ob beim Verhalten und Zusammenleben oder natürlich beim Wetter, es ist nie zu spät!

Wir bedanken uns bei allen, die zu dem Gelingen des Zusammenlebens innerhalb und außerhalb unserer Verbandsgemeinde beitragen und wir wünsche Ihnen allen eine besinnliche Adventszeit, ein friedliches Weihnachtsfest und schon jetzt einen guten Rutsch in das neue Jahr!

Vielen Dank.

Bernkastel-Kues, 17.12.2019

Ø Fraktion
Ø Presse
Ø Schriftführer